

„Kölner Erklärung“

Wir, KollegInnen aus dem Bildungsbereich, die wir in NRW als ReferendarInnen und LehrerInnen beschäftigt sind, stellen fest, dass...

- **der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L), der den alten BAT am 1.11.06 abgelöst hat zu Einkommenseinbußen von durchweg 25 Prozent führt.**
- **die im TV-L ab 1.1.08 vorgesehene Einkommenserhöhung von 2,9 Prozent die Verluste durch TV-L und Preissteigerungen bei weiten nicht ausgleicht.**

Deshalb fordern wir ver.di, GEW und alle anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf, die Landesbeschäftigten in allen Bundesländern in die Tarifrunde 2008 einzubeziehen und für die Forderung nach einer Teuerungszulage von mindestens 300,- €brutto/monatlich zu kämpfen.

Wir brauchen eine verbindliche Eingruppierungsregelung für LehrerInnen, die netto zu einer der Beamtenbesoldung äquivalenten Bezahlung führt!

Ferner stellen wir fest, dass

- **das Verwaltungsgericht Düsseldorf in einem aktuellen Urteil festgestellt hat, dass die vorzeitige Rücknahme des Mangelfacherlasses eine Verbeamtung der Quer- und SeiteneinsteigerInnen nicht verhindern darf.**
- **das Verwaltungsgericht Düsseldorf in seiner Urteilsbegründung auch die im Bundesvergleich mit Abstand niedrigste Verbeamtungshöchstgrenze bei LehrerInnen beanstandet.**

Zur Durchsetzung dieser Forderungen werden wir verstärkt den Kontakt zu Elternverbänden suchen und auf eine gemeinsame Veranstaltung hinarbeiten.

Wir wehren uns gegen die Aushöhlung der Vergütung von LehrerInnen insgesamt, die mit der Neugestaltung der Beamtenbesoldung auf der Agenda steht. Dazu bedarf es des Schulterschlusses aller Beschäftigten am Arbeitsplatz Schule!

Auch ohne TV-L sind die Zustände an unseren Schulen nicht mehr hinnehmbar. Kopfnoten, Arbeitsverdichtung, viel zu große Klassen bei gleichzeitigem Lehrermangel verhindern adäquates Arbeiten im Sinne der Schülerinnen und Schüler.

Köln, 18. Januar 2008